

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

EU-Migrationspolitik

Die italienische Regierung setzt in Migrationsfragen trotz zahlreicher Berichte über systematische Menschenrechtsverletzungen weiterhin auf die Zusammenarbeit mit außereuropäischen Drittstaaten. Wie jedes Jahr kommt es in den Sommermonaten zu einer verstärkten Ankunft von Schutzsuchenden auf den italienischen Mittelmeerinseln. Anstatt aus den politisch herbeigeführten Versorgungsnotständen der vergangenen Jahre zu lernen und nach adäquaten Lösungen zu suchen, setzt die italienische Politik wiederholt auf eine zunehmende Abschottung Italiens. Der italienische Innenminister Matteo Piantedosi betonte in einem Interview die Bedeutung eines „strategischen und kooperativen Ansatzes“, um gemeinsam mit den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern die zahlreichen Ankünfte an den italienischen Küsten in den Sommermonaten zu bewältigen. In Hinblick auf die Abschottung des Mittelmeers durch die tunesische und sog. libysche Küstenwache erklärte Piantedosi in einem [Interview](#), dass die beiden Küstenwachen dieses Jahr bereits **über 40.000 Menschen abgefangen** und nach Nordafrika zurückgebracht hätten. Im Zusammenhang mit der humanitären Notlage und der Gewalt gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen in Tunesien und Libyen argumentierte er hingegen, dass die EU hinter der Zusammenarbeit stünde und, dass es keinen Grund gäbe daran zu zweifeln, dass die Lebensbedingungen von Migrant*innen im Mittelpunkt stünden. Wie aus den zahlreichen [Berichten](#) und [Investigativrecherchen](#) der letzten Jahre zu Menschenrechtsverletzungen durch die EU an ihren Grenzen hervorgeht, ist diese Aussage eine eklatante Lüge.

Trotz der humanitären und politischen Krise in Tunesien, die zu extremer rassistischer Gewalt

gegenüber Schwarzen Migrant*innen geführt hat, wurde das [Abkommen zwischen der EU und Tunesien](#) unterzeichnet. Giorgia Meloni betonte, dass diese Vereinbarungen Modell für andere nordafrikanische Länder werden würde. Anschließend sprachen die Unterzeichnenden – neben Meloni auch die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel – vor einem **Publikum, von dem Journalist*innen ausgeschlossen** wurden und die Möglichkeit, Fragen zu stellen, nicht geboten wurde.

Ungeachtet der Kritik zahlreicher ziviler und humanitärer [Organisationen](#) sowie [ASGI](#) (Association for Legal Studies on Immigration) am neuen Memorandum of Understanding zwischen der EU und Tunesien, setzt die italienische Regierung, gemeinsam mit Vertreter*innen der Europäischen Kommission, auf ihre politische Strategie der Migrationsabwehr auf einem, von der italienischen Premierministerin [Giorgia Meloni](#) initiierten, **internationalen Gipfeltreffen in Rom**. Auf der [„Konferenz zu Entwicklung und Migration“](#) diskutierten, neben den Med-5 Staaten der EU (Griechenland, Zypern, Malta, Italien und Spanien), Vertreter*innen nordafrikanischer und arabischer Länder über „gemeinsame und kooperative“ Strategien zur Blockade der Migrationsbewegungen über das Mittelmeer nach Europa.

Seit Wochen prangern NGOs die Konsequenzen eines solchen Abkommens nach dem „tunesischen Modell“ für Migrant*innen und Geflüchteten vor Ort an. Diesem zufolge stellt die EU dem tunesischen Staat 105 Millionen Euro zur „Bekämpfung der unerlaubten Einwanderung“ zur Verfügung. **„Keine Abkommen auf unserer Haut“**, so lautet der Slogan des [Afrikanischen Gegengipfels](#) in Rom, der von den NGOs Refugees in Libya und Mediterranean Saving Humans unter Beteiligung von Aktivist*innen aus verschiedenen afrikanischen Ländern organisiert wurde, um eine andere Geschichte der Migration zu erzählen. [Mediterranea Saving Humans](#) sprach von einem „beschämenden Abkommen“ und erinnerte daran, wie Memoranden und militärische, sowie

kommerzielle Abkommen zwischen der EU bzw. Italien und diktatorischen, antidemokratischen Regimen der Mittelmeeranrainerstaaten südlich der Sahara genutzt würden, **um Frauen, Männern und Kinder von der Abfahrt in Richtung EU zu hindern.**



Foto: Mike Stevens, Unsplash

Gleichzeitig erhöhten diese Abkommen die Wahrscheinlichkeit für willkürliche Verhaftungen. [Ärzte ohne Grenzen](#) merkte an, dass die Zukunft für Fliehende noch gefährlicher würde und der Gipfel in Rom ein weiterer Schritt zur Externalisierung der europäischen Außengrenzen auf sog. Drittstaaten in denen „das Risiko von Ausbeutung, Gewalt, Folter und anderen schwerwiegenden und gut dokumentierten Grundrechtsverletzungen“ hoch sei. Auch [Amnesty International](#) äußerte Bedenken über die Menschenrechtsverletzungen durch die tunesischen Behörden und ordnete das Abkommen als eine Verstärkung der fehlgeschlagenen Migrationspolitik ein.

Italienische Politik

Während Giorgia Meloni in Tunis das Memorandum of Understanding zwischen der EU und Tunesien unterzeichnete, kündigte [Valerio Valenti](#), EU-Kommissar für den "Migrationsnotstand", neue temporäre Erstaufnahmeeinrichtungen nach dem Vorbild des Hotspots in Lampedusa für die Regionen Sizilien und Kalabrien an. Nach der Verabschiedung des „Piantedosi-Dekrets“ im Frühjahr dieses Jahres klagen mehrere [Integrationsprojekte in süditalienischen Kleinstädten](#) über die schwierige

Situation vor Ort. In den vergangenen Jahren konnten durch diese Initiativen viele Migrant*innen in kleine Kommunen aufgenommen werden, wo sie ein sicheres Zuhause fanden und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung der häufig verlassenen Städte trugen. Mit der Einführung des Dekretes wurden diese Projekte blockiert. Caritas und Tavolo Asilo kritisieren darüber hinaus die **untragbaren Bedingungen öffentlicher Ausschreibungen für Aufnahmezentren**, die von Intransparenz und Korruption geprägt sind. Die italienische Regierung selbst behauptet, dass alles nach Plan verlaufe und es immer schon lokale Probleme gegeben habe.

Italiens [Konferenz der Regionen](#), ein politisches Koordinationsgremium, erklärte, dass das Land ein **„sehr großes Versagen“ bei der Aufnahme von Migrant*innen** erlebe. Während sich Regionen mit linken Regierungen mehr Freiheit bei der Verwaltung der Umsiedlungen wünschten, forderten Regionen mit rechten Regierungen eine nationale Behörde, welche die Organisation der Migration selbst übernehme und die Regionen entlaste.

Mit dem neuen **„decreto flussi“**, das nun von der italienischen Regierung verabschiedet wurde, sollen in den kommenden drei Jahren etwa eine **halbe Millionen Arbeiter*innen** nach Italien kommen. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass es sich um die höchste Zahl an migrantischen Arbeiter*innen handelt, die bisher von einer italienischen Regierung angestrebt wurde.

Abgeordnete des [Partito Democratico \(PD\)](#) forderten die italienische Regierung auf, das Anlegen von Rettungsschiffen in italienischen Häfen nicht zu verzögern. Zuvor hatte die Regierung beschlossen, **346 gerettete Geflüchtete und Migrant*innen** in zwei Phasen in den Häfen von Marina di Carrara und dem über 70 km entfernten Livorno an Land zu bringen. Diese Entscheidung wurde stark kritisiert, da sie die humanitäre und medizinische Versorgung sowie die Betreuung der ankommenden Menschen erschwerte.

In einer **Auseinandersetzung zwischen Politiker*innen und Richter*innen** mahnte die italienische Regierung die Gerichte und erklärte, dass der Staat nicht dazu verpflichtet sei, Visa aus humanitären Gründen auszustellen. Um regulär und legal nach Italien zu gelangen, gäbe es stattdessen humanitäre Korridore und organisierte Evakuierungen. Wer nach Italien einreisen dürfe, werde laut Außenministerium von der Regierung entschieden. Die **Auseinandersetzung** geht auf eine Entscheidung des Gerichts in Rom zurück, welches die Berufung eines iranischen Staatsbürgers gegen die Blockierung seiner Evakuierung aus dem Iran zugelassen hatte.

ASGI, EMERGENCY, Médecins Sans Frontières (MSF), Oxfam Italien und SOS Humanity haben bei der Europäischen Kommission eine Beschwerde eingereicht und um eine Prüfung des neuen italienischen Gesetzes zur „Migrationssteuerung“ (Gesetz Nr. 15/2023) gebeten. Die NGOs weisen darauf hin, dass das neue Gesetz ernsthafte **Bedenken hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit dem Recht der EU und den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten** in Bezug auf Such- und Rettungsmaßnahmen (SAR-Missionen) auf See aufwirft. Sie werfen der italienischen Regierung vor, dadurch zivile Such- und Rettungsaktionen auf dem Mittelmeer zu behindern und die **Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten zu beeinträchtigen**.

Lampedusa

Der Hotspot Contrada Imbriacola auf Lampedusa ist, trotz des Einsatzes von Flugzeugen, Fähren und Militärschiffen für den Transfer von Geflüchteten und Migrant*innen auf das sizilianische Festland, überbelegt. Auf die 400 vorgesehenen Plätze des Hotspot kommen derzeit wieder **über 3.000 Menschen**. Bei einem Konflikt zwischen rund 100 Jugendlichen, die seit mehreren Wochen im Hotspot festgehalten werden, wurden 15 Personen verletzt. Was die Auseinandersetzung ausgelöst hat, ist unklar. Der **Unmut** unter den bis zu **1.150 Minderjährigen** ist jedoch groß, da sich viele von ihnen bereits seit

mehreren Wochen im Hotspot befinden, während Erwachsene dort nicht länger als 36 Stunden bleiben. Die bürokratischen Prozeduren für Minderjährige sind komplizierter, was die längeren Wartezeiten zumindest teilweise erklärt. Auch das Verbot, den Hotspot zu verlassen, stellt einen weiteren Grund zur Frustration derjenigen dar, da die Betroffenen wochenlang in einer viel zu kleinen Einrichtung ausharren müssen. Da einige Personen es erneut geschafft haben, die Zäune zu überwinden, wurde die Überwachung des Hotspots laut den Behörden nun verdoppelt.

Fischer*innen aus Lampedusa protestieren seit dem 19. Juli gegen den Einsatz von Fischereischiffen für den Transfer zwischen dem Hotspot und anderen Einrichtungen in Sizilien, da sie durch die Fremdnutzung ihrer Boote wirtschaftliche Verluste beklagen. **Salvatore Martello**, Leiter des Fischerkonsortiums von Lampedusa, erklärte sein Verständnis für die schwierige Situation auf der Insel, die durch die zahlreichen Ankünfte entstehe, fände es jedoch nicht fair, dass Fischer*innen den Preis dafür zahlen müssten. „Wenn der Präsident uns nicht empfängt oder keine Lösung für unser Problem findet, sind wir bereit zu streiken und werden den Hafen für die gesamte Dauer des Streiks blockieren“, fügte er hinzu.



Foto: Giuseppe Gallo, Unsplash

Angesichts der hohen Ankunftsahlen auf Lampedusa unterstützt die EU-Kommission den **Hotspot Contrada Imbriacola** auf Lampedusa nun mit einer **Soforthilfe von 14 Millionen Euro**. Damit sollen die Bedingungen für Geflüchtete in dem überfüllten Aufnahmelager verbessert und u.a. Kleidung, Essen und Medikamente bereitgestellt werden.

Darüber hinaus plant die italienische Regierung derzeit den Bau eines **neuen Hotspots** in Porto Empedocle (Agrigento, Sizilien), um Lampedusa zu entlasten. Dieser soll die Identifizierungsverfahren beschleunigen und den raschen Transfer in andere Aufnahmeeinrichtungen ermöglichen. Die Gruppen **"Fare rete"** und **"Sos razzismo"** aus Agrigento fürchten ähnliche Zustände wie in Lampedusa, und positionieren sich klar gegen die Entstehung einer weiteren überfüllten Einrichtung, in der die Menschenwürde nicht gewahrt wird. Die Probleme italienischer Behörden – von der Organisation, über den Transfer und die Verteilung bis hin zur Anhörung Schutzsuchender – liegt u.a. im System der Hotspots selbst begründet, welches, durch die Einteilung ankommender Geflüchteter zwei Klassen (potenziell Asylsuchende vs. Andere), zur **Irregularisierung vieler Menschen** führt. Die Arbeiten an der neuen Einrichtung stehen bereits kurz vor dem Abschluss. Die neue **„Spannkonstruktion“** wird, die im Hafen von Porto Empedocle stillgelegte Struktur, ersetzen und soll laut Behörden einem „sicheres und effizientes Umfeld für den Transit und die Identifizierung von Migrant*innen“ dienen. Die vorherige Anlage wurde aufgrund ihrer Nähe zum Stadtzentrum als ungeeignet erachtet.

Situation der Geflüchteten

Erneut kam es zu einem Feuer in einem inoffiziellen Camp für Geflüchtete, dieses Mal in einer **Siedlung von Crotone**. In den etwa fünfzig Hütten lebten mehr als 200 Personen, die meist **aufgrund der sog. Sicherheitsdekrete ihre Aufenthaltsgenehmigung verloren hatten**. Die etwa zwanzig anwesenden Personen wurden zwar unverletzt gerettet, doch haben sie durch das Feuer alles verloren.

Aufnahme in Norditalien

Im **Veneto** herrscht **Uneinigkeit über die Organisation der Aufnahme** von Migrant*innen und Geflüchteten, insbesondere innerhalb der rechten Partei Lega. Befürworter*innen einer dezentralen Aufnahme stehen jenen gegenüber, die für einen Ausbau des (migrationsfeindlichen) Hotspot- und Abschiebesystems sind. Wegen der erwartbar hohen Ankunftsahlen wurden in **Verona** bereits die ersten Militärzelte unweit des ehemaligen NATO-Geländes an der Torricelle aufgestellt, um die Unterbringung ankommender Menschen zu organisieren.

Die Präfekten, der Präsident der Region und die ANCI unterzeichneten derweil ein **gemeinsames Protokoll zur Verteilung** von Geflüchteten und Migrant*innen, um die rund 200 ankommenden Migrant*innen und Geflüchteten – die sich i.d.R. auf der Weiterreise befinden, aber an den Grenzen abgewiesen werden und daher notdürftig in Norditalien untergebracht werden müssen – aufzunehmen. Ziel ist es **kritische Situationen und eine Konzentration von Menschen** wie in den Gemeinden Cona und Bagnoli zu vermeiden und stattdessen eine breit angelegte Aufnahme durchzuführen. Damit sind viele Bürgermeister*innen nicht einverstanden.

„Nachdem Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und ihre Partei Fratelli d'Italia jahrelang Propaganda auf der Haut unglücklicher Menschen gemacht, Hass gegen Ausländer*innen geschürt und mit dem Ruf "Lasst uns die Häfen schließen" Stimmen gewonnen haben, entdecken sie heute den Unterschied zwischen einfachem Populismus und der Schwierigkeit, ein so komplexes Phänomen zu managen", erklärten die **Bürgermeister*innen der Gemeinden der Unione dei Comuni Empelese Valdelsa** und unterstrichen die konkrete Notlage, in der sich die Kommunen derzeit befinden: **Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 gab es knapp 70.000 Ankünfte**, im Vergleich zu weniger als 30.000 im gesamten Jahr 2022. Die Bürgermeister*innen fordern die Regierung unter Meloni auf, die Wahrheit zu sagen, Einwanderung könne und müsse nicht gestoppt werden. Es brauche stattdessen **notwendige Mittel, um die Aufnahme auf menschenwürdige Weise zu organisieren**,

andernfalls würden die Betroffenen in überfüllten Zentren enden, wo sie „wie Tiere eingepfercht“ würden.



Foto: Borderline Sicilia

Prekäre Aufnahmesituation in Massa Carrara

Nach der Ankunft des zivilen Seenotrettungsschiffs Geo Barents in Massa Carrara kritisierte die [Leiterin der Genossenschaft "Casa Betania"](#), dass die Ankünfte zunehmen würden, während die vorhandenen Strukturen, die der Aufnahme dienen abnehmen würden. Eine der letzten ankommenden Geflüchteten der Geo Barents hätte sie auf einem Sofa schlafen lassen, weil es **keine Plätze mehr** gab. Die Genossenschaft "Casa Betania" verwaltet zurzeit 12 CAS, in zweien davon werden unbegleitete Minderjährige untergebracht.

Migrantische Proteste

Im [polifunktionalen Zentrum von Pian de Lago](#) in Caltanissetta/Sizilien – welches sowohl eine Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende (CARA) als auch ein Abschiebezentrum (CPR) umfasst – haben etwa 100 Migrant*innen und Geflüchtete für bessere hygienischen Bedingungen, die Auszahlung des ihnen zur Verfügung stehenden Taschengeldes und für die **Möglichkeit, Italienisch zu lernen**, protestiert. Nur wenige Wochen vorher kam es dort bereits zu [Protesten](#) gegen die Inhaftierung und die bevorstehende Rückführung einiger Migrant*innen.

Auch im [Abschiebezentrum in der Via Corelli](#) in Milano lösten die **unmenschlichen Bedingungen** der

Einrichtung einen Aufstand aus: Aus Protest beschloss ein junger Mann seine Matratze und die wenigen ihm zur Verfügung stehenden Gegenstände in Brand zu setzen, woraufhin eine schwarze Rauchsäule aus den Fenstern aufstieg. 23 Personen wurden evakuiert, verletzt wurde niemand.

Ein Einblick in die Arbeit von Arci Porco Rosso

Der Artikel [„Sechs Monate der Anlaufstelle Sans-Papiers“](#) von Arci Porco Rosso gewährt einen Einblick in das Projekt des Vereins in der ersten Jahreshälfte. Das Porco Rosso bietet kostenlos verschiedene Arten von Unterstützung an. Dazu zählen u.a. rechtliche und soziale Unterstützung, Unterstützung bei der Wohnungssuche, bürokratische und administrative Unterstützung bei der Beschaffung von Dokumenten. Zudem bieten sie umfassende Informationen, über das Recht auf medizinische Versorgung und den Zugang zu Gesundheitsdiensten, sowie über die Möglichkeiten des Zugangs zu Bildung, Ausbildung und Beschäftigung, an.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.